

Zwanzig Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2009

Zur zivilen und militärischen Rolle Deutschlands in den Krisengebieten der Welt

Einleitung

Sie haben die Wahl, Sie können mit Ihrer Stimme Politik gestalten. Besuchen Sie Wahlveranstaltungen und diskutieren Sie mit Ihren Bundestagskandidatinnen und -kandidaten den folgenden Fragenkatalog.

Die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche bietet Ihnen mit diesen Wahlprüfsteinen eine Argumentationshilfe zu den Themen der Zivilen Konfliktbearbeitung, der militärischen Intervention, des Wehrdienstes sowie der Rüstungsexporte.

Die Wahlprüfsteine sind auf Vorschlag des Ausschusses der Kirchenleitung für Frieden und Abrüstung von der Kirchenleitung im Juni 2009 verabschiedet worden.

Informationen bei:

Arbeitsstelle „Gewalt überwinden“ der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche

Dr. Marianne Subklew Wulfsdorfer Weg 29 22949 Ammersbek

Tel: 040 - 60 55 80 22

info@gewalt-ueberwinden.de www.gewalt-ueberwinden.de

Gestaltung: gebrauchsgrafikundso.de

Bildnachweis: flickr.com / awaja-legends, lawrence op, fabbio,hexadecimal time, nils geyley, obskurantist, crosathorian

Zivile Konfliktbearbeitung

Deutschland beteiligt sich an vielen militärischen Einsätzen zur internationalen Krisenbewältigung. Diese werden im Bundesverteidigungsministerium in einem Ressort verantwortet. Für die Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) sind dagegen mehrere Ministerien und Einrichtungen zuständig (u. a. Auswärtiges Amt, Bundesministerium des Inneren, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bundeswirtschaftsministerium, Kanzleramt, Bundesministerium der Verteidigung). Die erforderliche Kooperation hierfür ist aufwändig.

1| Wie ist Ihres Erachtens die Handlungsfähigkeit für die ZKB zu verbessern? Setzen Sie sich dafür ein, dass die ZKB in einem Ressort zusammengefasst wird? Wie kann ihre Arbeit für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden?

Die Mittel, die in den verschiedenen Haushalten für die ZKB vorgesehen sind, betragen nur ca. 15% im Vergleich zu den für das Verteidigungsministerium vorgesehenen Mitteln.

2| Halten Sie dieses Verhältnis für angemessen oder werden Sie sich für eine Veränderung dieses Verhältnisses zu Gunsten der ZKB einsetzen?

Allgemein herrscht die Auffassung, dass im Konfliktfall zivile Maßnahmen Vorrang vor militärischen haben sollen.

3| Welche Möglichkeiten sehen Sie, diesen friedens-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Grundsatz zukünftig stärker zur Geltung zu bringen?

Die Bundeswehr erfüllt militärische Aufgaben. Selbst wenn Soldaten in zivilen Bereichen helfen, geschieht dies auf der Basis bewaffneter Präsenz.

4| Wie sollten die Aufgaben zwischen zivilen und militärischen Kräften aufgeteilt sein, um vorrangig den zivilen Einsatz zu ermöglichen?

Militärische Intervention

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 über die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind mehr als hunderttausend deutsche Soldaten in Krisengebiete entsandt worden. Allein 2007 waren etwa 10.000 Soldaten gleichzeitig im Einsatz.

Seit 25 Jahren hat sich weltweit die Zahl der Soldaten in multinationalen, Einsätzen von ca. 37.000 auf rund 140.000 erhöht. Die Bundeswehr hat sich bisher an mehr als 130 Einsätzen in aller Welt beteiligt. Bei diesen Auslandseinsätzen ist zu unterscheiden zwischen Beobachtungs-, Überwachungs- und Sicherungsmissionen (z.B. ARTEMIS im Kongo), friedenserhaltenden Stabilisierungsmissionen nach

Zwanzig Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2009

Zur zivilen und militärischen Rolle Deutschlands in den Krisengebieten der Welt

Kriegen (z.B. KFOR im Kosovo ab 1999) und Interventionen in bestehenden bewaffneten Konflikten (z.B. ALLIED FORCE gegen Jugoslawien 1999).

5| Sind Sie der Meinung, dass die gegenwärtigen Einsätze der Bundeswehr mit Geist und Buchstaben des Grundgesetzes in Einklang stehen? Reicht der Spielraum der Verfassung aus oder wird er überdehnt? Müsste die Verfassung geändert werden?

6| Nach welchen Grundsätzen und Kriterien sollte über Einsätze entschieden werden?

Oft können Kämpfe durch das am internationalen Recht orientierten Gewaltmonopol beendet werden. Dieses *peace enforcement* – von dem Erlangen der Lufthoheit bis zur territorialen Herrschaft – ist gemessen am Rückgang offener Gewalthandlungen erfolgreich. Eine Reihe von empirischen Untersuchungen bestätigt die Vermutung, dass der Rückgang der Kriege und bewaffneten Konflikte in den vergangenen 15 Jahren durch das verstärkte internationale Friedensengagement halbiert werden konnte. Auch verkürzten sich Konflikte, wenn sie durch Friedensmissionen begleitet wurden. Gleichwohl gab es daneben einige Fälle, in denen notwendige und sogar aussichtsreiche Friedensmissionen nicht zustande kamen oder scheiterten. Zwei Erfolgsfaktoren zeichnen sich ab: Zum einen ist es das Engagement der entsendenden vorwiegend westlichen Länder. Die Berichterstattung über Opfer und Not weckt humanitäre Motive. Zusätzlich wecken Interessen an Rohstoffquellen die mediale Aufmerksamkeit. Zum anderen hängt der Erfolg mit der Intensität der Gegenwehr zusammen. Eine ganz entscheidende Rolle spielen dabei Drittstaaten in der Region.

7| Sind Sie mit dem Grad der Zustimmung der Bevölkerung in Deutschland und in den Einsatzländern für die Einsätze der Bundeswehr zufrieden?

8| Tun die politischen Parteien in Deutschland genug, um den Nutzen, aber auch die Grenzen des militärischen Friedenseinsatzes in der Öffentlichkeit deutlich zu machen?

9| Sind die diplomatischen Bemühungen zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien und zur Einbindung von Drittstaaten ausreichend?

Leider tragen Friedensmissionen zur langfristigen Sicherung des Friedens und beim Aufbau stabiler Verhältnisse – also beim *peace keeping* – deutlich weniger Früchte. Die Kämpfe flackern nach einer anfänglichen Waffenruhe wieder auf. Dadurch liegt das Maß kriegerischer Gewalt insgesamt immer noch viel zu hoch. Die Erfolgsrate beträgt ca. 30%, Missionen der Vereinten Nationen erreichen 42%. Entscheidend für diesen Sachverhalt ist die so genannte Konfliktfalle, d.h. je schärfer der Konflikt, desto schwächer sind Staat und Wirtschaft und desto zersplitterter die Gesellschaft. Dies verschärft wiederum den Konflikt.

Unerlässlich sind demnach paralleler Einsatz und enge Abstimmung sowie Kooperation militärischer und ziviler Akteure. Dies hat sich insbesondere die deutsche Politik mit wechselndem Erfolg zum Ziel gesetzt. Dabei mangelt es oft noch an der interministeriellen Abstimmung. Konkurrenzen und Kommunikationspannen zwischen den Geberländern kommen hinzu.

Vollversammlung und Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben deshalb 2005 eine *Peace Building Commission* eingerichtet. Aufgrund ihrer schwachen Ausstattung sind ihre Aussichten angesichts der enormen Herausforderungen jedoch dürftig.

10| Sollen zur Verbesserung friedenserhaltender Einsätze Ihrer Ansicht nach Mittel von der militärischen auf die zivile Seite umgeschichtet werden? Oder sollen die zivilen Anstrengungen neben den militärischen intensiviert werden?

11| Was schlagen Sie vor, um den genannten Abstimmungs- und Kommunikationspannen wirksam zu begegnen?

Sind Streitkräfte zur unmittelbaren Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzung ein bewährtes Instrument, so treten sie im *post-war-conflict*, also im Übergang von der bewaffneten Friedenssicherung zur Krisenreaktion unterhalb der Schwelle des bewaffneten Konflikts in eine andere Funktion: Sie bilden den Sicherheitsrahmen für das Wirken anderer staatlicher Organe und nichtstaatlicher Kräfte. Bei zu offensiver Präsenz allerdings wirken sie kontraproduktiv.

12| Was kann getan werden, um die lokalen Akteure noch besser in die Gewaltregulierung einzubinden?

Zwanzig Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2009

Zur zivilen und militärischen Rolle Deutschlands in den Krisengebieten der Welt

13| Wie weit soll man diesbezüglich mit fragwürdigen Partnern kooperieren?

14| Welche Sicherheitsorgane unterhalb der militärischen Operation sind nötig, um in Krisengebieten angemessen auf Gewaltkonflikte reagieren zu können? Was kann Deutschland tun, um seinen Beitrag in dieser Hinsicht zu leisten?

Wehrdienst

Die Frage des allgemeinen Wehrdienstes im Verhältnis zu einer Berufsarmee wird seit langem diskutiert.

Wichtige Gesichtspunkte sind unter anderem die Bundeswehr in der Gesellschaft zu verankern, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen, Professionalität zu erhöhen und mehr Wehrgerechtigkeit zu erlangen

15| Treten Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht ein und wenn ja, warum?

16| Treten Sie für das Aussetzen der allgemeinen Wehrpflicht ein und wenn ja, warum?

Rüstungsexport

Die Verbreitung moderner Waffen gefährdet maßgeblich den Frieden in der Welt. Nur selten stellt der Mangel an geeigneten Waffen in den Händen der Ordnungsmächte ein Problem dar. Als eine der führenden Waffen- und Rüstungsexportnationen befindet sich Deutschland nach den USA und Russland auf dem dritten Platz.

Der Waffenexport folgt wirtschaftlichen Interessen. In den importierenden Ländern können Waffeneinfuhren die Konflikte enorm verschärfen, in dem die Waffen am Ende sogar gegen die internationalen Interventionstruppen gerichtet werden.

17| Sollte Deutschland im Rahmen der Vereinten Nationen Vorreiter für einen Vertrag über den Waffenhandel sein, um besonders die illegale Verbreitung von kleineren und leichten Waffen einzudämmen? Wie könnte ein solcher Vertrag erzielt werden? Wie ließe er sich umsetzen?

18| Treten Sie für ein umfassendes internationales Rüstungsexportregister ein?

Zur Rolle der Kirchen

Die Kirchen haben sich in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland immer wieder politisch engagiert. Das galt für die Einführung der sozialen Marktwirtschaft, für die Ost- und für die Friedenspolitik. Seit dem fundamentalen friedens- und sicherheitspolitischen Wandel nach dem Fall der Mauer haben sich die Aufgaben Deutschlands in der Internationalen Krisenbewältigung grundlegend geändert. Es stellt sich die Frage, ob die Bundesrepublik diesen Herausforderungen gerecht wird. Die Kirchen haben sich hierzu geäußert.

19| Begrüßen Sie die Stellungnahmen der Deutschen Bischofskonferenz (Gerechter Friede von 2000 und Soldaten als Diener des Friedens von 2005), die Friedensdenkschrift des Rates der Evangelischen Kirche (Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen von 2007) und der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr (Friedensethik im Einsatz von 2009) und worin liegt Ihrer Meinung nach deren Bedeutung für die aktuelle politische Orientierung?

20| Sollen sich die Kirchen noch deutlicher und detaillierter in aktuellen friedens- und sicherheitspolitischen Fragen äußern?